

- es gilt das gesprochene Wort -

Haushaltsrede für das Haushaltsjahr 2012

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
lieber Oberbürgermeister,
liebe Bürgermeister,
sehr geehrte Verwaltung,

sie haben jetzt alle hier schon tapfer über 2 Stunden zugehört. Erst einmal Glückwunsch zu dieser Leistung. Ich habe mir vorgenommen, ich habe jetzt auch die ganze Zeit da gesessen, dass ich es jetzt möglichst kurz machen möchte.

Die Argumente sind in den Ausschüssen schon ausgetauscht, vieles was hier gesagt worden ist, ist wahr, vieles ist auch unwahr, aber ich möchte mich auf das Wesentliche und ich möchte mich vor allen Dingen auf die Sichtweise der Fraktion FDP/Bürgerliste beschränken.

Und meine Vorredner haben es ja so gemacht, dass sie der Verwaltung am Ende gedankt haben, das möchte ich jetzt machen, Herr Stüdemann, Ihnen und ihrem Team, der Kämmerei allen noch mal ein Dankeschön für die gute und saubere, sorgfältige Arbeit, die uns die Beratungen erleichtert und ermöglicht haben.

Ich habe gerade gesagt, es ist viel Arbeit geleistet worden von der Verwaltung aber auch von allen, die an diesen Haushaltsberatungen beteiligt waren und das alles in sehr kurzer Zeit und Zeit ist auch das Stichwort. Wir leben in einer sehr unsicheren Zeit. Unsicher, was die Euro-Krise angeht, unsicher was die Schuldenkrise angeht, unsicher aber auch was die Finanzwirtschaft insgesamt angeht. Dann fragen wir uns, was verunsichert die Menschen, was macht die Menschen so wütend, warum verlieren viele Menschen das Vertrauen in die Politik? Es ist die Tatsache, dass die Menschen das Gefühl haben, dass Handeln und Verantwortung nicht mehr zusammengehören.

Es werden von Banken Millionen und Milliarden verdient und wenn etwas schief geht muss die Gesellschaft, sie, wir, ich, der Steuerzahler herhalten und haften. Die Menschen und die Politik als Spielball der Finanzmärkte, wo es nur noch darum geht zu reagieren anstatt zu agieren. Und dann fragen wir uns und ich frage sie, wie konnte es dazu kommen? Warum sind wir so abhängig von diesen Finanzmärkten? Die Antwort ist relativ einfach – wir haben im Laufe der Zeit immer mehr Geld ausgegeben als wir hatten und immer mehr Schulden angehäuft. Und erst diese Schulden machen uns zu Abhängigen dieser Finanzmärkte. Im Großen, in Europa, im Bund, im Land, aber auch im Kleinen, was man im Haushalt dieser Stadt sieht. Was ist aber die Schuld der Politik? Schuld der Politik ist es – nicht zum richtigen Zeitpunkt „Nein“ gesagt zu haben. Und warum hat sie nichts getan? Die Politik hat Angst wichtige Entscheidungen zu treffen um potentielle Wähler nicht zu vergraulen. Und es ist ja um so vieles einfacher, die Verantwortung in die Zukunft zu schieben und auf Kinder und Enkelkinder abzuschieben.

Brechen wir das Gesagte einmal auf Dortmund runter – hat die Stadt sich abhängig gemacht, hat die Politik sich schuldig gemacht – ja, zu beiden Sachen. Unter Rot-Grün – Herr Krüger – 270 Millionen Ausgleichsrücklagen verfrühstückt, den selben Satz habe ich letztes Jahr übrigens schon gesagt – und dann mit SPD und CDU zusammen werden jetzt die allgemeinen Rücklagen verbraucht. Jahr für Jahr immer mehr Schulden bis wir perspektivisch irgendwann griechische Verhältnisse haben. Unsere Kassenkredite, unser Dispo ist bei 1,3 Milliarden bis 1,4 Milliarden Tendenz steigend, unsere Gesamtverschuldung steigt bis 2015 auf 2,3 Milliarden. Pro Kopf ist jeder Dortmunder 2015 mit 4000 Euro verschuldet, unser Eigenkapital sinkt auf 1,5 Milliarden mit weiter fallender Tendenz, unsere Zinslast steigt bis 2015 auf fast 100 Millionen Euro pro Jahr.

Wird diese Situation als bedrohlich erkannt, ich würde sagen, soviel Realitätssinn haben die meisten Fraktionen hier. Aber ist die Mehrheit im Rat auch gewillt sich dieser Realität zu stellen und die Handlungsfähigkeit herzustellen? Nein, nicht wirklich – und Herr Prüsse als sie gesagt haben einige hier im Rat würden diese Stadt schlechtreden, ich sag jetzt mal für meine Fraktion, wir sind alle mit Herz und Blut Dortmunder, wir machen gerne Politik für die Menschen dieser Stadt und wir haben kein Interesse daran diese Stadt schlecht zu reden. Aber – wir möchten auch, dass es der Stadt irgendwann mal besser geht und wir bessere Entscheidungen treffen können, als die, die jetzt getroffen werden.

Um die Handlungsfähigkeit der Stadt langfristig zu erhalten reicht es nicht zu versuchen diese Fünf-Prozent-Hürde zu erreichen oder da drunter zu bleiben, weil man so den Widerstand der Menschen nicht herausfordert und es der einfache Weg ist. Wir müssen langfristig in die Endschuldung, das heißt aber auch Verbesserung im Bereich der Einnahmen- und auch Verbesserung im Bereich der Ausgabenseite. Dass schließt aber auch ein, dass auf der Ausgabenseite alles möglich gemacht wird um Geld zu sparen. Unsere Haushaltsvorschläge sind leider im Finanzausschuss mehr-

heitlich abgelehnt worden. Zusammenlegung von Museen im U-Turm, Reduktion des Personalaufwandes um zwei Prozent pro Jahr, schrittweise Übertragung der Kindertageseinrichtungen an freie Träger, Verkauf oder Entwicklung von städtischen Gebäuden oder Flächen zur weiteren Vermarktung, Teilprivatisierung Klinikum, Krematorium, um nur einige Sachen zu nennen. Und ich sage hier auch noch mal ausdrücklich, Privatisierung ist kein Selbstzweck. Privatisierung muss in diesem Fall den Menschen dieser Stadt dienen und da schöpfen wir unsere Potentiale einfach nicht aus.

Beispiel Klinikum: Jetzt wäre genau der richtige Zeitpunkt, eine neue Geschäftsführung wird gesucht, wir könnten mit Partnern zusammen den Investitionsstau beseitigen und würden für kein Geld noch einen Geschäftsführer bekommen. Dazu dann noch, ich sag mal über den Daumen gepeilt, mindestens 60 Millionen in die Kasse, das wäre eine Politik die wir mittragen könnten. Und dass wäre auch so, dass wir langfristig irgendwann einmal in die Endschuldung kommen könnten, weil so, mit solchen Sachen, würden wir uns die Zeit kaufen um die strukturellen Veränderungen hier in der Stadt vornehmen zu können.

Und man muss bei solchen Privatisierungen nicht Angst haben. Wenn sie nach Wuppertal gucken, da hat es hervorragend geklappt mit dem Klinikum, alles ist gut, alle sind zufrieden, die Gesundheitsversorgung ist gut. Wenn sie nach Hamburg gucken, da ist es völlig in die Hose gegangen, das heißt Privatisierung ist nicht immer gut, man muss es halt richtig machen. Aber man muss sich auf den Weg machen und diese Chance den Gesundheitsstandort Dortmund zu entwickeln, die lassen wir liegen.

Wir, die Fraktion FDP/Bürgerliste, sind nicht blauäugig, steigenden Kosten der Eingliederungshilfe von 8,5 Millionen pro Jahr, Transferleistungen, Kosten in der Jugendhilfe, all das belastet den Haushalt. Und es ist auch klar, dass wir nur durch Ausgabenkürzung unsere Ziele nicht erreichen können.

Unsere Fraktion wäre auch bereit gewesen, wenn einige unserer Kernforderungen erfüllt worden wären, auch bei einer Grundsteuererhöhung mitzumachen, einfach um irgendwelche Scheuklappen hier abzulegen oder dieses Märchen zu widerlegen, dass wir uns nicht beteiligen würden, Herr Monegel. Ja, wir würden uns beteiligen, wir würden auch über unseren Schatten springen, wenn das was erreicht wird sinnhaftig wäre. Ein paar Sachen dazu hat Herr Krüger schon gesagt, stattdessen ein munteres „Weiter so“ und wenn man zum LWL guckt schiebt man den „schwarzen Peter“ dann an den LWL, ein Umlageverband, und sagt macht ihr lieber die Schulden für uns, weil bei uns geht es jetzt aktuell nicht. Das ist und kann nicht richtig sein.

Es bringt auch nichts, wenn man das Kanalnetz in einen Eigenbetrieb umwandelt um dadurch wieder mehr Schulden machen zu können. Es bringt nichts jedes Schwimmbad zu erhalten wenn auch kein Besucher hin geht.

Es bringt nichts wenn ich die Grundsteuer erhöhe ohne strukturell kommunale Probleme zu bearbeiten und zu lösen.

Diesen Willen, wirklich etwas ändern zu wollen, spreche ich der CDU, aber gerade auch der SPD ab. Die SPD hat ja sinngemäß erklärt, Herr Prüsse, in der Zeitung, dass das mit dem Sparen schwierig ist, dass man dann vielleicht sowieso irgendwann in der Haushaltssicherung landet. Und das was sie an Vorschlägen zu diesem Haushalt eingebracht haben, ist eine nette Wunschliste, aber es zeugt eher von Resignation und ist ein Armutszeugnis was ihre Fraktion betrifft.

Umso verwunderlicher das sie einen Partner gefunden haben, der ihre Vorstellungen mitträgt – die CDU – und Herr Monegel, wir sind nicht freiwillig auf die Tribüne gegangen, wir sind dahin geschickt worden, ja, sie haben mit der SPD das ausgemacht, ich nicht. Die Fraktion FDP/ Bürgerliste hat im Finanzausschuss gute Ansätze von ihnen mitgetragen, Herr Monegel, von ihnen Herr Repin, von ihrer Fraktion, aber was die Zugeständnisse an die Genossen angeht, reicht meiner Fraktion im Sinne der Haushaltskonsolidierung das noch nicht aus. Und da sprechen die Daten ganz eindeutig für sich.

Ich habe am Anfang meiner Rede von Handeln und Verantwortung gesprochen und von Agieren statt Reagieren. Liebe Freunde von der CDU und der SPD, was sie beschlossen haben bzw. was sie beschließen werden, fällt nicht unter verantwortliches Handeln. Sie reagieren statt zu agieren, sie verspielen die Zukunft unserer Stadt und auch durchaus die Zukunft unserer Kinder – war das jetzt wieder eine intelligente Äußerung, Herr Taranczewski? Ich konnte das jetzt nicht einschätzen!

Wie man diesen Haushalt und wie man ihre Einigung beurteilen kann, sei ja dahin gestellt, aber ich sage mal 10 Millionen jetzt für den U-Turm jedes Jahr, das ist schon ein Hammer. Die Grünen haben es da ja wenigstens etwas anders gemacht, Frau Reuter, Herr Krüger, sie haben so einen schönen Wunsch daraus gemacht, aber sie haben gesagt wenn erhöhen wir wenigstens alle Steuern. Ich meine das ist stringent, so wie sie das vorgetragen haben, hilft uns aber in der Problemlösung nicht weiter, weil es bringt ja nichts wenn dann alle Firmen weg sind, wir weniger Arbeitsplätze haben.

So und dann gehen wir mal zu den städtischen Töchtern und den Abgaben und dann verweise ich mal auf die Beschlüsse, die dieser Rat gefasst hat bezüglich Zukauf von RWE-Aktien, bezüglich Beteiligung an der STEAG und - und - und... Und dann fragen wir uns, welche Tochter kann wie viel abgeben, dann ist auch klar warum manche Töchter nicht mehr so viel abgeben können wie wir eigentlich gerne hätten. Wissen sie was eigentlich den Haushalt 2012 rettet? Nicht durch Sparmaßnahmen, die sowieso eher gering sind, gerettet wird dieser Haushalt durch 49 Millionen Euro vom Bund, Kosten der Unterkunft und durch die niedrigen Zinsen der EZB, die jetzt festgeschrieben sind. Das ist bilanztechnisch – dadurch wird der Haushalt gerettet, aber nicht durch unsere eigenen Anstrengungen. Das

kreide ich ihnen allen an, wir strengen uns da nicht genug an, da ist mehr Potential und dass sollten wir nutzen. Und was ihren Zug angeht Herr Monnegel - nach Arnsberg – ich sag mal, ich hab die Vermutung der wird auf dem Abstellgleis landen und meine Fraktion hat weiß Gott keine Lust, auf einem Abstellgleis mit Ihnen und Herrn Prüsse in einem Schlafwagen zu kuscheln.

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates, wie sie an meinem Redebeitrag gemerkt haben, wird meine Fraktion den Haushaltsvorschlägen nicht zustimmen. Es ist nicht so, dass wir die Verantwortung scheuen, aber dass was im Ergebnis bei den Verhandlungen bei den großen Fraktionen herausgekommen ist, ist substantiell zu wenig um diese Stadt vor der Überschuldung zu retten. Ein „Weiter so“ werden wir im Sinne einer verantwortungsvollen Politik nicht mittragen.

Meine Damen und Herren des Rates, sehr geehrte Bürger, ich weiß das nicht alle meiner Meinung sind, aber ich danke ihnen dafür, dass sie mir zugehört haben.